

Strategiedebatte und Probleme politischer Kommunikation

Ein Debattenbeitrag zur Strategiedebatte der LINKEN. Sachsen von Peter Porsch

Auf die Frage, warum gerade jetzt in der sächsischen LINKE die Notwendigkeit einer Strategiedebatte erkannt wird, gibt es nur eine ehrliche Antwort: Spätestens durch Pegida ist die schmerzliche Erkenntnis gereift, dass die Losung, „25 Jahre CDU sind genug“, nicht gewirkt hat, als sie von links kam. Sehr wohl aber sind diese 25 Jahre CDU plötzlich von rechts in Frage gestellt; nicht so sehr von rechten Parteien – obwohl man die AfD sehr ernst nehmen muss –, sondern vor allem durch das Wirksam-Werden einer offensichtlich seit langem vollzogenen Bewegung weiter Teile der Gesellschaft nach rechts. Linke und die LINKE stehen dem weitgehend hilflos gegenüber. Reflexartige Blockadeversuche auf der Straße sind sicher bitter nötig und unverzichtbar, sie zeigen zugleich aber eine Hilflosigkeit gegenüber fatalen Entwicklungen in der Gesellschaft. Konnte man auf diese Art noch „Siege“ gegen die NPD erringen, steht man plötzlich vor einem sehr viel komplexeren Problem. Der immense konzeptionelle, programmatische, theoretische, strategische usw. Rückstand gegenüber den realen gesellschaftlichen Prozessen im Land wird überdeutlich. Schuldzuweisungen würden jetzt am wenigsten weiterhelfen, ehrliche Analyse und mutiges Durchstarten sind angesagt.

Man kann der LINKE nicht vorwerfen, die Augen vor den gesellschaftlichen Missständen und Fehlentwicklungen seit 25 Jahren verschlossen zu haben. Wir haben sie deutlich benannt und in der politischen Kommunikation immer wieder und unverblümt angekreidet. Und diese Missstände und Fehlentwicklungen sind wahrlich nicht unerheblich. Man muss sie hier nicht alle aufzählen, aber dass Sachsen beileibe nicht das Musterländle ist, als das es immer wieder hingestellt wird, ist evident. Na und? Dennoch konnte die CDU, die dies alles hauptsächlich zu verantworten hat, ihre politische und auch kulturelle Hegemonie ohne wesentliche Einbrüche bis dato aufrechterhalten. Die zeitweiligen „Hilfen“ durch die SPD oder FDP haben das nicht beeinträchtigt, geschadet haben sie sehr viel mehr diesen „Helfern“. Die CDU aber hat für das Überleben ihrer Übermacht in Sachsen für eine Situation wie heute lange Vorsorge getroffen. Nach links hat sich die CDU immer radikal abgeschottet und macht es weiterhin, nach rechts zeigte sie sich stets offen und macht es auch heute wieder. Daran konnte und kann auch die SPD nichts ändern. Sie wollte und will es auch nicht, weil ihr die Krümmen vom Tisch der CDU allemal wichtiger sind als kompromissloses Gegenhalten. Im parlamentarischen Kräfteverhältnis hat das freilich nur eine Konsequenz gehabt: die PDS bzw. LINKE hat die SPD und auch die Grünen nachhaltig überholt. Zählt man aber SPD und Grüne mit zu einem „linken Lager“, so hat sich die Stärke bzw. Schwäche dieses linken Lagers seit 1990 nicht wesentlich verändert. In Summe kommen diese drei Parteien immer wieder auf etwa ein Drittel Stimmenanteil bei Landtagswahlen. Allerdings verlieren sie durch die wachsende Anzahl von Nichtwählerinnen und -wählern genauso absolut an Stimmen wie die CDU. Diese Feststellung ist nicht unwichtig, denn sie ist Indiz dafür, dass eine wachsende Zahl von Menschen auch diese Parteien inklusive der LINKE zum politischen Establishment zählt, von ihnen keine wirklichen Veränderungen erwartet, ihnen nichts zutraut. Das kritische Potential verlor sich mehr und mehr im Lager der WahlverweigerInnen.

Leider schrillten deshalb bei der LINKE die Alarmglocken nicht laut genug. Sie begnügte sich nach den Wahlen von 2004, Verluste im Prozentbereich zu bagatellisieren und verschloss die Augen vor den beträchtlichen Stimmverlusten. Die „kritische Masse“ in der Gesellschaft überließ man sich selbst, wobei sich jetzt herausstellt, dass das nicht wirklich stimmt. Man hat das gesellschaftliche Kritikpotential vielmehr schleichend rechten alltagskulturellen Verführungen überlassen, die von bestimmten Medien ausgehen, von der CDU geduldet und auch gefördert werden, die im Alltag von verbreitetem Lebensgefühl anscheinend bestätigt werden. Die LINKE hat den Fehler gemacht, zu meinen, wenn man die Wahrheit über das Land nur deutlich ausspricht, hätte man die „kritische Masse“ auch schon auf seiner Seite. Das ist aber nicht so! Die „Verwandlung“ von alltäglicher Erfahrung in politische Standpunkte und politisches Verhalten verläuft wesentlich komplizierter. Pegida ist auch eine Niederlage der LINKE, die der Missachtung dieser Tatsache entspringt.

Dazu einige Bemerkungen:

Ich behaupte, dass in Sachsen, und übrigens nicht nur in Sachsen, Wahlerfolge auf Landesebene mit der Fähigkeit korrelieren, möglichst eine große Schnittmenge zwischen regionsbezogener Identität und dem Image einer Partei herzustellen. Um dies zu können, muss man Bezug nehmen, ja sich mehr oder weniger auch verflechten mit regionsspezifischen Milieus, muss Wahrnehmungsfiler berücksichtigen, die sich z.B. speisen aus Religion, Produktionsweise, Geschichte, Sprache, Selbstbild, Fremdbild, Heimatbindung usw.

Der Erfolg Kurt Biedenkopfs vor allem bei der ersten Landtagswahl 1990, aber auch danach, war doch nicht nur und nicht einmal, wie ich meine, zuallererst seiner besseren Sachpolitik geschuldet. Freilich brachte er einen Erfahrungsvorsprung aus dem Westen mit, der beim Überstülpen der administrativen, ökonomischen und politischen Verhältnisse im Osten von Vorteil war. Das war aber nicht sein entscheidender Vorteil. Dafür sorgte ein Heer eingeflogener „Fachleute“. Kurt Biedenkopf streichelte die „sächsische Seele“ schon durch seine Biographie. Er kam als der Kleine, der von einem Großen – diesem Helmut Kohl – gedemütigt worden war, obwohl doch eigentlich gescheiter und leistungsfähiger als die Birne Kohl, die im gegebenen Fall nur ihr Gewicht gegen Intelligenz eingesetzt hatte. Ich vermute, viele stellten eine Analogie her zwischen Sachsen und Preußen und speziell zwischen Sachsen und dem übermächtigen Berlin der DDR-Jahre, das sich sächsische Ressourcen einfach kraft seiner Übermacht aneignete.

Hier ließe sich viel im Detail ausführen (auch über die Rolle der Gattin). Fakt ist, eine große Mehrheit in Sachsen vertraute dem „königlichen“ Macher, und Kurt Biedenkopf nahm diese Rolle dankbar an. In seinem Satz, „wer mich König Kurt nennt, greift der Entwicklung etwas voraus“, war nicht nur ironische Distanz zur Zuordnung der Rolle als „König Kurt“ enthalten. Der Satz war durchaus auch Programm. Der Titel im Spiegel, der Biedenkopf als August der Starke in Gestalt des Goldenen Reiters zeigte, bestätigte dies und den Glauben des Volkes daran. Die Erzählung des Mythos wurde „ikonisch verdichtet“ (vgl. MÜNKLER 2009).

Kurt Biedenkopf vereinigte in erstaunlicher, ja bewunderns- und beneidenswerter Weise wichtige diskursive Strategien „raumbezogener Identifikationsangebote“, als da sind „Ethnisierung“, „Aufbaudiskurs“, „retrospektive und prospektive Argumentation“,

„Erneuerungsdiskurs“ und mit sich „hochderoselbst“ schließlich auch den Diskurs der „Personalisierung“ (vgl. dazu LUUTZ, S. 57).

Die Opposition kam dagegen nicht an. Ironische, satirische und respektlose Angriffe im Parlament und außerhalb brachten zwar so manchen Beifall und Lacher ein. Hin und wieder konnten damit die Zornesadern des Königs zum Schwellen gebracht werden. Mehr aber auch nicht. Am Nimbus des Königs änderte das alles nichts, hob ihn vielleicht noch an. Genauso wirkungslos im Grundsätzlichen blieben Versuche mit Plebisziten, Untersuchungsausschüssen, Kleinen und Großen Anfragen etc. pp. Die reale Bilanz der Amtszeit von Kurt Biedenkopf war zwar Verramschen sächsischer Wirtschaftspotentiale durch die Treuhand, Arbeitslosigkeit für mehr als 400.000 Betroffene, Lehrstellendilemma, Abwicklungen, Schulschließungen, Abwanderung u.v.a.m. Sie schadete ihm jedoch nicht. Der Mythos blieb lebendig, ist lebendig und wirkt weiter.

Genau betrachtet habe ich eine Geschichte des Niedergangs erzählt. In der politischen Mitte wurde sie aber bis heute nicht als solche wahrgenommen. Die Kritik kommt plötzlich aus der realiter deutlich rechts angesiedelten so genannten „Mitte“ der Gesellschaft, weil sehr viele in der Bevölkerung den Niedergang des Sachsenmythos der Nachwendezeit in ihrer realen Lebenswelt bemerken. Das schürt Ängste und beflügelt die Suche nach Ursachen und Schuldigen. Die Sächsische Idylle wird als das erhaltenswerte „Eigene“ wahrgenommen, die Gefährdung kommt vermeintlich von außen, durch das „Fremde“. „Fremdem“ und „Fremden“ wird beobachtbare Nützlichkeit abgesprochen, sehr wohl werden sie und es aber angesehen als etwas, das das „Eigene“ gefährdet. Der Filter, der solche Wahrnehmung steuert, ist im Sachsenmythos wesentlich angelegt, und dieser verstärkt alles im Vergleich zu anderswo noch deutlich.

Tatsächlich wird im Moment die politische und kulturelle Macht der CDU auf der Grundlage ihrer eigenen Mythen in Frage gestellt. Menschen beklagen Identitätsgefährdung oder gar -verlust. Die einschlägigen Erzählungen sind Erzählungen vom Unterschied zwischen „Kriegsflüchtling“ und „Wirtschaftsflüchtling“, vom „Kampf der Kulturen“ und der Gefährdung des „Abendlandes“, von notwendiger „Integration“ Hinzukommender und gefährlichen „Parallelgesellschaften“, von Heimat und Zusammengehörigkeit zerstörender Multikulturalität usw. das sind Erzählungen, die die CDU locker aufnehmen kann. Sie rettet am Ende genau damit ihre Ausgangsmythen.

Die Saat der CDU geht zu neuer Ernte auf. Sie lässt zunächst rechte und rechtspopulistische Protagonistinnen und Protagonisten Richtung und Inhalt des protestierenden Unmuts bestimmen. Sie wird aber keine großen Probleme haben, diese Leute wieder auf ihre Seite zu ziehen, weil sie doch deren Wahrnehmungsmuster bestätigt. Die Sächsische CDU ist keine Partei der Mitte, sondern eine nach rechts offene und von rechts her argumentierende politische Sammelbewegung. Ihre politische Kommunikation ist allerdings weitaus wirkungsvoller angelegt und holt sich Zustimmung für objektiv unbestritten rechtslastige Praxis bis weit in die tatsächliche Mitte der Gesellschaft hinein.

Auflehnung dagegen – so wichtig sie ist – wird allein nicht reichen. Nur indem man fordert, verwandeln sich Forderungen noch nicht in gesellschaftliche Realität. Nur indem man das „Gute“ verkündet, schlägt es noch nicht das „Böse“ in die Flucht. Unsere Erzählungen von Willkommenskultur, von Solidarität, von der Tatsache, dass kein Mensch illegal ist bestehen

zwar vor der Realität, und sind nicht wirkungslos. Sie scheitern aber bei vielen an deren „Mentalität“, eben an deren „Art des Denkens und Fühlens“ (DUDEN Universalwörterbuch). „Richtig“ und „falsch“ reichen da als Kategorisierungen nicht aus.

In einschlägiger Literatur ist es seit langem unbestritten, dass wir die Welt nicht einfach so wahrnehmen, wie sie ist. Radikal formuliert nehmen wir sie wahr, wie wir sie uns vorstellen (vgl. z.B. VERHEY). Dies ist natürlich nur dann eine sinnvolle Annahme, wenn sie unsere Wahrnehmungen und Vorstellungen von Wirklichkeit nicht völlig von der Wirklichkeit selbst trennt, wohl aber auf eine aktive Rolle des Wahrnehmungssubjektes verweist. Dieses Subjekt wählt im konkreten und aktuellen erkennenden Zugriff auf Realität nicht nur jene Teile der Realität aus, die gerade praktisch relevant sind. Das Subjekt verallgemeinert zugleich, stellt ganzheitliche Relationen zwischen Wahrnehmungselementen her und wertet. In diesem Prozess spielen WahrnehmungsfILTER eine bedeutsame Rolle. D.h. die Wahrnehmung der Welt wird aktuell nicht immer wieder neu strukturiert. Sie wird vielmehr durch Faktoren beeinflusst, die historisch in gesellschaftlichen und biographisch in individuellen Erkenntnisprozessen gewachsen sind. Diese werden üblicherweise nicht kritisch reflektiert, weshalb man sich ihnen auch nicht beliebig entziehen kann. Ein wesentlicher Filter von Wahrnehmung sowie für Ordnung und Sinnggebung in diesem Prozess ist unbestritten Sprache. Andere sind z.B. Stereotypen, Einstellungen, Riten, Brauchtum, festgefügte Weisheiten, der Volksmund, Mythen. Nach diesen Filtern müssen wir fragen, wenn wir wissen wollen, welche Wirkung wir in politischer Kommunikation entfalten. Wir müssen fragen:

- Welche und wessen Sprache sprechen wir („Parteichinesisch“, Fachsprache, explizierende Bildungssprache, situationseingebettete Alltagssprache, ...)?
- Analog dazu, welche und wessen Sprache verstehen wir?
- Welche Stereotypen sind lebendig und wirken?
- Welche Quellen von Wissen und Lebensweisheit werden genutzt?
- Was gilt als unverzichtbare Bestandteile von Lebensweise und Lebensqualität? Und so weiter.

Natürlich müssen wir auch fragen, welche Rolle institutionelle Bildung und rationales Wissen spielen. Sie gehen aber immer auch durch die oben genannten Filter. In der Gesamtheit entstehen auf dieser Basis politische Mythen als besonders wirksame WahrnehmungsfILTER. „In politischen Mythen wird das Selbstbewusstsein eines politischen Verbandes zum Ausdruck gebracht, beziehungsweise, dieses Selbstbewusstsein speist sich aus ihnen.“ (MÜNKLER 2009, S. 15)

Spielen Mythen als WahrnehmungsfILTER in der Politik eine wichtige wirkende Rolle, sind sie in der Folge natürlich auch mitverantwortlich für Entscheidungen und Handlungsweisen. Ergo braucht politische Kommunikation entsprechende theoretische Reflexionen als Vorlauf für ihre Praxis.

M.E. besteht hier gerade bei linken und zumal marxistischen Ansprüchen ein Nachholbedarf. „Wissenschaftliche Weltanschauung“, die Politik prägen wollte und zu einer bewussten Gestaltung von Geschichte führen sollte, bleibt so lange selbst nur Mythos, als sie für sich meint, die Welt und den vorgezeichneten Ablauf von Geschichte in ihrem objektiven So-Sein zu erfassen, Wahrheit gegen eine verzerrte Wirklichkeitsabbildung zu stellen, damit die

richtigen Überzeugungen begründen zu können und somit Wirkung in der politischen Auseinandersetzung zu erzielen.

Zwar wusste schon Friedrich Engels, dass die Theorie erst dann zur materiellen Gewalt wird, wenn sie die Massen ergreift. Statt sich aber darum zu bemühen, dass es auch wirklich so wird, ersparte man sich das in der Geschichte zumindest der kommunistischen Arbeiterbewegung zu oft im Vertrauen in die historische Mission der Arbeiterklasse und daraus abgeleiteter Legalität von Zwang. Im Ernstfall siegten meist praktisches Diktat und Indoktrination mittels nicht weiter zu hinterfragender Behauptungen über politische Bildung, über diskursive Überzeugungsarbeit. Dialektische Analyse und einschlägige Schlussfolgerungen der so genannten „Klassiker“ gerannen zu einer Dogmensammlung, die katechetisch verbreitet wurde. Das war natürlich auch ein Scheitern durch ignorante Verweigerung der Analyse von Wahrnehmungsfiltren bzw. deren einfache Denunziation als „bürgerlich“ oder „falsches Bewusstsein“.

Aber selbst wenn das Streben nach „wissenschaftlicher Weltanschauung“ sich ernsthaft darum bemüht, politische Mythen zu entkräften, Wahrnehmungstereotype aufzulösen, indem man sie mit der Realität konfrontiert, wird sie so lange ohne nennenswerte Massenwirksamkeit bleiben und an der Resistenz der Mythen und Stereotype verzweifeln müssen, so lange sie diese und ihre Wirkung nicht selbst zum Gegenstand wissenschaftlicher Reflexion macht. „Es gibt keinen geraden Weg vom ‚Mythos zum Logos‘“ (MÜNKLER 2009, S. 5)

Kein Geringerer als Karl Marx macht uns aber Mut, den Weg vom Mythos zum Logos von links zu gehen und Träume im Volk nicht einfach einer Ausrichtung nach rechts zu überlassen: „Unser Wahlspruch muss also sein: Reform des Bewußtseins nicht durch Dogmen, sondern durch Analysierung des mystischen, sich selbst unklaren Bewußtseins, trete es nun religiös oder politisch auf. Es wird sich dann zeigen, daß die Welt längst den Traum von einer Sache besitzt, von der sie nur das Bewußtsein besitzen muß, um sie wirklich zu besitzen“ (MARX an Arnold Ruge 1843).

Wir LINKE setzen dem Jammern über Manipulation der Massen aber keine ausreichende Analyse von Wirkungsfaktoren in politischer Kommunikation im weitesten Sinn (es gehört auch sehr viel Alltagskommunikation dazu) entgegen, sondern begnügen uns damit, den Erfolg, der der Macht und den Machtinstrumenten der Manipulation zugeschrieben wird, schlecht zu reden. Wir kreisen damit in einem *circulus vitiosus*, den wir weitestgehend selbst zu verantworten haben und aus dem wir uns nur selbst befreien können. Den „Heimatsender“ einfach nur besch...euert zu finden, oder die Umbenennung von „Bild“ in „Blöd“, wird uns allein nicht zum Ziel bringen.

Ist Strategie „ein genauer Plan, der dazu dient, ein ... Ziel zu erreichen, und in dem man diejenigen Faktoren, die in die eigene Aktion hineinspielen könnten, von vornherein einzukalkulieren versucht“ (DUDEN Universalwörterbuch), so brauchen wir in der gegebenen Situation Strategien auf mehreren Ebenen, für abgestufte Ziele. Freilich bleibt das eigentliche Ziel eine Strategie zur Erreichung einer Gesellschaft der Solidarität, der Gleichstellung von Verschiedenen, der sozialen Sicherheit und sozialen Gerechtigkeit, der Demokratie, des Friedens. Der Weg zu dieser Gesellschaft darf sich inhaltlich nicht vom Ziel unterscheiden, um der Glaubhaftigkeit des Zieles willen. Das heißt, der Weg ist nur in Übereinstimmung mit der

Gesellschaft oder wenigstens mit einer großen Mehrheit der Gesellschaft zu gehen. Das zu verwirklichen braucht mit Sicherheit auch eine Strategie der politischen Kommunikation unter Beachtung aller genannten Einflussfaktoren. Das heißt nicht mehr und nicht weniger, als dass alle klugen Gedanken, die wir in der Strategiedebatte zu erwarten haben, letztendlich in die Gesellschaft hinein verständlich und akzeptabel kommunizierbar sein müssen. Die Realisierung dieser Aufgabe verlangt theoretischen Vorlauf, systematische Analyse, Konzeptbildung und praktische Umsetzung.

Der Autor ist sich bewusst, dass der Beitrag mit einem Arbeitsauftrag endet, der nicht zuletzt ihm selbst erteilt ist. Im gemeinsam von Frau Dr. Geier und mir in der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen veranstalteten ständigen Seminar „Analyse der politischen Kommunikation“ wird der Arbeitsauftrag bereits partiell eingelöst. Interessenten und Interessentinnen sind zur Teilnahme herzlich eingeladen. Daraus erwächst außerdem die Bereitschaft sich mit weiteren Beiträgen zur Problematik an der Debatte zu beteiligen. Angestrebt ist eine Broschüre mit theoretischen Überlegungen und praktischen Beispielen zur Analyse und Gestaltung politischer Kommunikation.